

Das Gesundheitssystem **nachhaltig stabilisieren**

Resolution der Selbstverwaltung der AOK Bayern
21. September 2022

Das Gesundheitssystem nachhaltig stabilisieren

Der Verwaltungsrat der AOK Bayern fordert vom Bundesgesundheitsminister eine nachhaltige Stabilisierung der Finanzen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), damit die Gesundheitsversorgung von über 90 Prozent der Menschen in Deutschland auch künftig umfassend gesichert bleibt. Das jetzt im parlamentarischen Prozess behandelte GKV-Finanzstabilisierungsgesetz stabilisiert die Finanzen nicht, sondern es destabilisiert sie, wenn es so umgesetzt wird, wie aktuell geplant. Außerdem enthält es keine wegweisenden Weichenstellungen, die über das kommende Jahr hinaus eine nachhaltige Versorgungswirkung entfalten könnten. Insbesondere fehlen jegliche Impulse für die notwendigen Strukturreformen.

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben aus Staatshaushalt zu finanzieren

Das allein für 2023 prognostizierte strukturelle Defizit der GKV von mindestens 17 Milliarden Euro soll zum größten Teil mit einem tiefen Griff in die Taschen der Beitragszahlenden finanziert werden. Diese Lastenverteilung ist einseitig und ungerecht! Denn ein großer Teil dieses Defizits fällt in die gesamtgesellschaftliche Verantwortung: Die vom Staat überwiesenen Krankenkassenbeiträge für Arbeitslosengeld-II-Bezieher führen in der GKV zu einer jährlichen Unterdeckung des tatsächlichen Bedarfs in Höhe von rund 11,5 Milliarden Euro! Der Koalitionsvertrag hat eine kostendeckende Finanzierung der Beiträge durch den Staat versprochen. Wir fragen: Wann soll dieses Versprechen eingelöst werden, wenn nicht jetzt? Wir fordern deshalb, dass im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz kostendeckende Beiträge für ALG-II-Bezieher geregelt werden.

Mehrwertsteuersenkung für Arzneimittel nötig

Der Bundesgesundheitsminister ist bislang eine Antwort schuldig geblieben, warum Humanarzneimittel mit 19 Prozent Mehrwertsteuer belastet bleiben sollen, während Tierarzneimittel – wie übrigens auch Süßigkeiten – dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent unterliegen! Als weitere Sofortmaßnahme neben der Anpassung der ALG-II-Beiträge fordern wir eine Regelung im Gesetzentwurf, die eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel vorsieht. Bei einem ermäßigten Steuersatz von 7 Prozent auf Arzneimittel stünden rund 5,3 Milliarden Euro jährlich zusätzlich für die Gesundheitsversorgung zur Verfügung.

Griff in die Rücklagen der Kassen ist verfassungswidrig

Den erneuten Griff des Bundesgesundheitsministers in die Rücklagen der Kassen lehnen wir strikt ab, zumal der Minister damit wiederholt die Finanzautonomie der sozialen Selbstverwaltung laut Rechtsgutachten verfassungswidrig missachtet. Bereits 2021 hat die AOK Bayern über 520 Millionen Euro an den Gesundheitsfonds abführen müssen – Finanzmittel, die jetzt in der aktuellen Krise dringend für die Gesundheitsversorgung im Freistaat gebraucht würden.

Abschmelzen der Rücklagen auf die Mindestreserve destabilisiert die GKV und gefährdet die Versorgungssicherheit

Mit der erneuten Abführung von Rücklagen nimmt der Bundesgesundheitsminister den Kassen jegliche Verhandlungsspielräume, auf die unvorhersehbaren Folgen zum Beispiel der Coronakrise, der Ukraine Krise und der Inflation zu reagieren. Die Kassen fahren nur noch auf Reserve – Verhandlungs- und Gestaltungsspielräume entfallen, und das Insolvenzrisiko mit Dominoeffekten für das gesamte System steigt bei unvorhersehbaren Finanzrisiken erheblich. Die Abführung der noch verbliebenen Rücklagen destabilisiert somit die GKV und gefährdet damit die Versorgungssicherheit für die Patientinnen und Patienten. Das vom Bundesgesundheitsminister vorgesehene

Darlehen für die GKV führt gegen alle bisherige Praxis als neues Finanzinstrument Schulden ein, die die Beitragszahlenden zurückzahlen müssen. Gesundheit auf Pump – das ist alles andere als nachhaltig.

AOK Bayern bleibt in ganz Bayern lokal und digital für die Versicherten und Arbeitgeber da

Wir, die Verwaltungsräte der AOK Bayern, haben uns mit dem Vorstand und den Mitarbeitenden stark dafür eingesetzt, die AOK Bayern für die Zukunft fit zu machen. Für eine passgenaue Unterstützung der Menschen vor Ort – vor allem von vulnerablen Gruppen – bieten wir zukunftssichere lokal-digitale Lösungen: Die persönliche Beratung vor Ort bleibt erhalten, und zugleich haben wir die digitalen Angebote für die Versicherten im Bereich Service, Pflege und Gesundheitsförderung ausgebaut. Auch für die Arbeitgeberkunden setzen wir weiterhin auf regionale Nähe.

Wir wollen auch künftig als verlässlicher Gesundheitspartner in allen Regionen Bayerns – mit innovativen Projekten – die Gesundheitsversorgung voranbringen. Das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz in der aktuellen Fassung gefährdet unsere Arbeit für die Menschen vor Ort. Was wir jetzt brauchen, sind stabile finanzielle Rahmenbedingungen, die das Gesundheitssystem nachhaltig sichern, und gesetzliche Regelungen, die die dringend notwendigen Strukturreformen ermöglichen.



Frank Firsching

Frank Firsching
Vorsitzender des Verwaltungsrates



Ivor Parvanov

Ivor Parvanov
Alternierender Vorsitzender
des Verwaltungsrates